

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1949

90 (5.11.1949)

ETTlinger ZEITUNG

Erscheinungsweise: Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag u. Samstag mittags durch die Post 1.65 zuzüglich 45 Dpf. Frei Haus 1.85, im Verlag abgeholt 1.65. Zustellgeld. Einzelnummer 15 Dpf.

Badischer Landsmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

1./50. Jahrgang

Samstag, den 5. November 1949

Nr. 96

ERP-Verhandlungen in Frankfurt

Blücher für Paul Hoffmans europäische Wirtschaftspolitik

Frankfurt (TP). Zwischen der deutschen Bundesregierung und der amerikanischen Verwaltung für die Europa-Hilfe haben am Freitag in Frankfurt Verhandlungen für einen Vertrag zwischen Westdeutschland und der amerikanischen Verwaltung für die Europa-Hilfe begonnen. Der bisher gültige Vertrag war zwischen der Militärregierung und der amerikanischen Verwaltung abgeschlossen worden.

Paul Hoffmann flog am Freitag nach den Vereinigten Staaten zurück. Als sein Vertreter wird der Chef der amerikanischen Marshallplan-Verwaltung in Deutschland, Norman Collison, die Verhandlungen mit der deutschen Bundesregierung führen.

Der ERP-Minister, Vizekanzler Blücher, stellte, wie unser Bonner TP-Korrespondent meldet, am Freitag auf einer Pressekonferenz fest, daß die Bundesregierung ohne Einschränkung die Grundtendenzen der europäischen Wirtschaftspolitik des ERP-Administrators Hoffmann billige. Blücher betonte dabei das Einverständnis der anderen Regierungen mit der Auffassung Hoffmans und sagte, daß es keinen anderen Weg zur wirtschaftlichen Gesundung Europas gäbe, als den über das ERP.

Er habe in Paris den Eindruck gewonnen, daß es den am Marshallplan beteiligten Ländern mit dem Willen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit ernst sei. Allerdings — so sagte Blücher — müsse er vor einem übertriebenen Optimismus warnen, da das amerikanische Repräsentantenhaus nur dann bereit sei, in großem Umfang weitere Marshall-Gelder zur Verfügung zu stellen, wenn alle am ERP beteiligten Nationen in den nächsten Monaten beträchtliche Anstrengungen machen würden.

Die Bundesregierung werde sofort ihr Verhältnis zu den anderen Staaten überprüfen, um den Warenaustausch im Sinne der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des Marshall-Planes zu intensivieren. Spezialisierte Handelsabkommen seien der

bessere Weg zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Nationales wirtschaftliches Denken bezeichnete der Vizekanzler als den falschen Weg, um zu einer gesamteuropäischen Wirtschaftsauffassung zu gelangen.

Der Vizekanzler deutete an, daß in einigen Ländern bereits Vorbereitungen zur Konvertierbarkeit der Währungen getroffen würden, daß aber eine gemeinsame europäische Währung zunächst noch nicht denkbar sei. Zu der Frage, ob er eine gold- oder preisbasierte Währung empfehle, wollte sich Blücher nicht äußern, doch ließ er durchblicken, daß der erste Schritt zu einer europäischen Währung die Verrechnung der im Zuge der Marshall-Plan-Verträge auflaufenden Guthaben sein könnte.

Die Frage, ob das ERP-Programm in seinen letzten Konsequenzen nicht Planwirtschaft bedeute, verneinte der ERP-Minister, der sich

ferner zur eine frei vertugbare Dollar-Hilfe einsetzte.

Hohe Kommission und Demontage

Frankfurt (TP). Wie aus Kreisen der Hohen Kommission verlautet, sind für die nächsten Wochen mehrere Demontage-Konferenzen der drei Hohen Kommissare vorgesehen. Als Grundlage für diese Besprechungen soll die Aussprache zwischen Marshallplan-Verwalter Hoffmann und den amerikanischen und britischen Hohen Kommissaren dienen. Hoffmann hatte mit McCloy und Robertson die Möglichkeiten für eine Neuorientierung der Demontagespolitik erörtert. Es wurden jedoch keine Beschlüsse gefaßt.

Die niedersächsische Landesregierung hat Bundeskanzler Dr. Adenauer telegrafisch gebeten, die Bemühungen für einen Demontagestop für die ehemaligen Reichswerke in Watenstedt/Salzgitter zu unterstützen.

Drei-Mächte-Treffen in Paris

Deutschlandfrage im Mittelpunkt der Beratungen

Paris (TP). Die Außenminister Großbritanniens, Frankreichs und der USA treffen in der nächsten Woche in Paris zusammen, um vor allem Deutschlandfragen zu erörtern. An den Besprechungen nehmen auch die Hohen Kommissare der drei Westmächte teil.

Dieselben Fragen dürften auch von dem amerikanischen Außenminister Acheson und dem russischen Außenminister Wjatschinski besprochen werden. Wjatschinski befindet sich gegenwärtig zur Teilnahme an der Sitzung der Vereinten Nationen in Lake Success.

Zu diesen Drei-Mächte-Besprechungen verlautet aus Washington, die Anregung zu dem Pariser Treffen sei von dem britischen Außenminister Bevin ausgegangen, der über die mangelnde Koordinierung der Deutschlandpolitik der Westmächte beunruhigt sei. Vor allem soll in Paris über die Demontagen

und über den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte beraten werden.

Bei der Besprechung fernöstlicher Probleme dürften die drei Außenminister in erster Linie die Haltung ihrer Regierungen gegenüber der kommunistischen Verwaltung Chinas erörtern.

In Washington ist man der Ansicht, es sei dringend notwendig, daß die drei westlichen Besatzungsmächte ihre Politik besser in Einklang bringen. Die Bundesrepublik dürfe nicht in die Lage kommen, eine Besatzungsmacht gegen die andere auszuspielen zu können. Die bedenklichen Anzeichen eines wiederauflebenden Nationalismus in Deutschland könnten zu Mißständen führen, wenn die Bundesrepublik nicht Schritt für Schritt zur Zusammenarbeit mit dem übrigen Europa bewegt werde.

Die Teilnahme Westdeutschlands am Europarat, die jetzt vom Minister-Ausschuß des Europäischen Rates in Paris erörtert wird, interessiere die USA außerordentlich, da sie als eine der Besatzungsmächte für die westdeutsche Außenpolitik mitverantwortlich seien.

Der Minister-Ausschuß des Europa-Rates setzte seine Aussprache über die Zulassung der deutschen Bundesrepublik, des Saargebietes und Oesterreichs zum Europa-Rat fort. Der britische Außenminister Bevin trat für den baldigen Beitritt Deutschlands als assoziiertes Mitglied zum Europa-Rat ein.

Über den Status des Saargebietes waren die Minister verschiedener Auffassung. Einige Mitglieder des Ministerausschusses wiesen einen Vorschlag des französischen Außenministers Schuman zurück, das Saargebiet als souveränen Staat anzuerkennen. Die Minister betonten, das Saargebiet könne nicht eher selbständig werden, bevor ein Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen worden sei.

Der außenpolitische Ausschuß der französischen Nationalversammlung hat die Regierung aufgefordert, keine neuen Entscheidungen in ihrer Deutschlandpolitik ohne vorherige Aussprache im französischen Parlament zu treffen. Außenminister Schuman wird am 10. November dem außenpolitischen Ausschuß über das deutsche Problem Bericht erstatten.

Es „kriselt“ wieder in Paris

Blieben die Sozialisten im Kabinett?

Paris (TP). Die Sozialistische Partei Frankreichs hat für Mitte Dezember einen Kongreß einberufen, auf dem entschieden werden soll, ob die sozialistischen Mitglieder im Kabinett Bidault bleiben. Während der letzten Kabinettskrise war es innerhalb der Partei bekanntlich zu scharfen Meinungsverschiedenheiten über die Frage, ob man sich an der Regierung beteiligen solle, gekommen.

Neue Unruhen in Albanien

Widerstand gegen Enver Hodschas wächst

Belgrad (TP). Nach hier einlaufenden Berichten ist in Albanien erneut eine antikomunistische Sabotage- und Widerstandswelle ausgebrochen. Über das ganze Land verbreite sich wachsende Unruhe. In der Armee komme es laufend zu zahlreichen Desertionen. Etwa 70 Studenten seien wegen Widerstands gegen das moskauhörige Regime Enver Hodschas verhaftet worden.

Weiterkämpfen — nur auf andere Weise

Eine Erklärung der griechischen Rebellen

Athen (TP). Die griechischen Aufständischen gaben am Freitagabend im Rundfunk eine Erklärung ab, wie sich ihre künftige Politik gestalten wird. In der Erklärung wird zunächst die frühere Bekanntmachung wiederholt, wonach die Aufständischen ihre Kämpfe eingestellt haben. Der Kampf werde jetzt auf das politische und auf das wirtschaftliche Gebiet übertragen werden. Kleine Einheiten von Aufständischen würden einen Druck auf die Regierung ausüben. Ernste Anstrengungen sollten gemacht werden, um die, wie es heißt, aggressiven Pläne Titos gegen Griechisch-Mazedonien zu vereiteln.

Der politische Ausschuß der Vereinten Nationen beendete, wie aus Lake Success verlautet, am Freitag seine Beratungen über die griechische Frage. Der Ausschuß nahm eine Resolution an, in der es heißt: „Albanien und Bulgarien bedrohen den Frieden auf dem Balkan, indem sie den griechischen Aufständischen helfen.“ Bei der Abstimmung wurden 38 Stimmen für und 6 Stimmen gegen die Resolution abgegeben. Jugoslawien stimmte mit dem Sowjetblock gegen die Resolution, die jetzt der Vollversammlung unterbreitet wird.

Truman über sein Programm

Soziale Wohlfahrt im Vordergrund

Washington (TP). Präsident Truman legte ein umfassendes Programm für Sozial-Wohlfahrt vor, das — wie er sagte — für die USA einen festen Schutzwall gegen den Kommunismus und andere totalitäre Erscheinungen sein wird. Truman, der seine erste Wahlrede für die nächsten Jahr stattfindenden Kongresswahlen hielt, entwickelte ein Programm mit folgenden Hauptpunkten:

„Die Arbeiter müssen angemessen entlohnt werden und als Gleichberechtigte mit den Unternehmern verhandeln können. Die kleinen Geschäftsleute dürfen von den großen Konzernen nicht erdrückt werden. Die nationalen Hilfsquellen des Landes müssen zum Wohl der Allgemeinheit erschlossen werden und dürfen nicht von besitzgerigen Einzelnen ausgebeutet werden.“

Der Präsident forderte ferner mehr und billigere Wohnungen, Ausbau des Erziehungswesens und bessere ärztliche Betreuung der Allgemeinheit.

Maginot-Linie wieder „im Dienst“

Im Atom-Zeitalter von neuer Bedeutung

Washington (TP). In einer Betrachtung über die Verteidigungsmöglichkeiten Europas weist die amerikanische Wochenzeitschrift „Newsweek“ auf die Bedeutung der Maginot-Linie hin, die auch heute noch einen nicht zu unterschätzenden militärischen Machtfaktor darstellt. Ihre größtenteils unterirdischen Anlagen seien 1940 fast unbeschädigt in die Hände der Deutschen gefallen. Hätte er seinerzeit zwar befohlen, die Festungswerke zu zerstören, doch sei dabei weniger Schaden angerichtet worden, als zu erwarten war.

Trotzdem die Pläne, die die westeuropäischen Generalstabe hinsichtlich der Maginot-Linie haben, streng geheimgehalten werden, ist in letzter Zeit einiges durchgesickert. Danach soll die Maginot-Linie wieder in Dienst gestellt werden — ein Beschluß, der bei den französischen Militärbehörden lebhaft Zustimmung ausgelöst habe, da sie der Ansicht seien, daß die unterirdischen Einrichtungen im Zeitalter der Atombombe an Wert gewonnen hätten.

Luftbrücke für Tito vorgesehen?

Besprechungen im amerikanischen Generalstab von unserem TP-Korrespondenten A. Mallard. Der für gewöhnlich sehr gut unterrichtete Washingtoner Korrespondent des „Corriere della Sera“ berichtet von Besprechungen des amerikanischen Generalstabes über die Verteidigungsmöglichkeiten Jugoslawiens im Fall eines bewaffneten Angriffes von außen oder bei Ausbruch eines von Moskau angezettelten Aufstandes im Innern.

Nach seinen Informationen soll — ähnlich wie im Falle Berlins — die Errichtung einer Luftbrücke zur Versorgung der kämpfenden jugoslawischen Armee vorgesehen sein, um ihr einen erfolgreichen Widerstand zu ermöglichen. Der Korrespondent betont, daß diese Besprechungen keinen alarmierenden Charakter hätten, da es sich hierbei lediglich um eine Vorsichtsmaßnahme handele, um gegen alle Eventualitäten vorbereitet zu sein. Die jugoslawische Delegation bei der UNO habe außerdem von Bevin und Acheson für den Fall eines Angriffes bindende Hilfsversprechungen erhalten. Das Heer Jugoslawiens, das 16 Divisionen umfasse, sei neben der Roten Armee die stärkste Wehrmacht in Europa, bedürfe aber modernerer und schwererer Waffen, da seine Ausrüstung veraltet und den Anforderungen eines modernen Krieges nicht gewachsen sei. Man könne aber damit rechnen, daß die Verteidigungsbereitschaft Jugoslawiens durch westliche Waffenhilfe verstärkt werde.

Die amerikanische Regierung hat, wie aus Washington verlautet, die Verbote des Verkaufs von Verkehrsflugzeugen und Benzin an

Jugoslawien aufgehoben. Die Gesuche Jugoslawiens um Lieferung bestimmter Mengen von Benzin und Öl wurden vom amerikanischen Handelsministerium bewilligt. Auch das Außenministerium dürfte hierzu demnächst seine Einwilligung erteilen.

Der britische Botschafter in Belgrad, Sir Charles Peck, der am Freitag nach London zu Beratungen mit der Regierung zurückkehrt, hatte nach Belgrader Meldungen eine Unterredung mit Marschall Tito. Der Botschafter weigerte sich, Einzelheiten über die erörterten Fragen anzugeben.

Attlee prangert Moskau „Nein“ an

Veto-Gebrauch erschwert Arbeit der UN

London (TP). Auf einer Veranstaltung der englischen UN-Gesellschaft erklärte der britische Premierminister Attlee, die Vereinten Nationen sähen sich jetzt einer Situation gegenüber, die sehr viel Ähnlichkeit mit der Lage des ehemaligen Völkerbundes in der Zeit habe, als dessen Bestehen von antidemokratischen Mitgliedsstaaten bedroht wurde.

Man habe angenommen, so führte Attlee u.a. aus, daß sich die Ausübung des Vetos auf Fälle beschränken werde, in denen es um lebenswichtige Fragen gehe. Aber die Sowjetunion lege fortwährend, auch bei kleinen Fragen, ihr Nein ein. Moskau verwende das Veto als Werkzeug seiner Machtpolitik und zur Förderung seiner imperialistischen Ziele. Dadurch werde die Tätigkeit der Vereinten Nationen äußerst erschwert. Es folge jedoch nicht daraus, daß der Grundgedanke verfehlt gewesen sei.

„Die internationalen Verhältnisse“, so fuhr Attlee fort, „sind in ständigem Fluß. Im allgemeinen bedauert man, daß es keine demokratische Tschechoslowakei mehr gibt. Dieses Land war ein leuchtendes Vorbild praktischer Demokratie in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Heute ist es auf den gleichen Stand herabgedrückt wie etwa Bulgarien, Polen oder Rumänien. Jugoslawien dagegen, obwohl es bei weitem nicht die Freiheit genießt, die Allgemeingut des Westens ist, hat sich vom russischen Joch befreit.“

Der Politische Ausschuß der Vereinten Nationen beschloß, wie aus Lake Success verlautet, einstimmig, daß die Bemühungen um die Heimkehr der verschleppten Kinder aus Griechenland fortgesetzt werden müssen.

Der Wirtschaftsausschuß der UN beendete seine Debatte über die Förderung der Vollbeschäftigung in der ganzen Welt. Ein Antrag auf Bildung einer Sachverständigenkommission wurde mit großer Mehrheit angenommen. Ein zweiter, von der Tschechoslowakei eingebracht, der vorsah, den Gewerkschaften ein entscheidendes Wort bei wirtschaftlichen Fragen, Gewinnbeschränkung und Kürzung der Rüstungsausgaben einzuräumen, wurde abgelehnt.

Arbeiter mitverantwortlich

Antrag auf Bundes-Betriebsrätegesetz angenommen - Kurze Freitag-Sitzung des Bundestages

Von unserem TP-Korrespondenten

v.W. Bonn. Die 15. Sitzung des Bundestages am Freitag vormittag war bereits nach 80 Minuten beendet. Das Haus hatte in dieser kurzen Zeit alle Punkte der Tagesordnung ohne besondere Debatte erledigt. Im Gegensatz zum Vortage war die Tribüne nur schwach besetzt und auch im Plenum zeigten sich erhebliche Lücken.

Zwei kommunistische Anträge auf Amnestie und Unterstützungsmaßnahmen für Demontage-Verweigerer wurden erneut auf die Tagesordnung gesetzt, nachdem sie bereits in der ersten Sitzung des Bundestages abgelehnt worden waren. Das Plenum verwies sie gegen die Stimmen der KP an den zuständigen Ausschuß.

Ein Antrag der CDU-Fraktion, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, so bald wie möglich ein umfassendes Betriebsrätegesetz für das gesamte Bundesgebiet auszuarbeiten, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Ein Sprecher der CDU wies darauf hin, daß es an der Zeit ist, das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf einer zeitgemäßen Basis zu regeln. Die Arbeiter seien mündig und ohne weiteres in der Lage, einen Teil der Verantwortung in der Wirtschaft zu übernehmen. Die Sozialdemokratische Fraktion forderte, daß die fortschrittlichen Punkte der Betriebsrätegesetze der Länder in das Bundesgesetz aufgenommen werden müßten.

Vier weitere Anträge, welche die Regierung

zu einer wirksamen Unterstützung der Heimatvertriebenen und der Kriegsbeschädigten anregen sollen, wurden einstimmig angenommen. Dabei ging es um eine statistische Erhebung über die Lage der Heimatvertriebenen, die Arbeitsbeschaffung für sie sowie die Aufnahme der Schwerbeschädigten in öffentliche Dienste und um eine bessere Versorgung der Körperbeschädigten. Dr. Lukaschek, Bundesminister für die Angelegenheiten der Heimatvertriebenen, kündigte an, daß die unhaltbaren Zustände in den Flüchtlingslagern durch Verhandlungen mit den zuständigen Stellen gebessert werden sollen.

Bonn — am Tag danach ...

Am Tage nach der Wahl Bonn zum vorläufigen Bundessitz hat die Beethoven-Stadt wieder ihr altes Gesicht: ein bischen kleinstädtisch, ein wenig selbstbewußt ob ihrer großen Vergangenheit — aber doch schon recht hoffnungsvoll hinsichtlich dessen, was sie nun werden soll.

Kenner der Verhältnisse behaupten, daß der — in der Donnerstagnacht nach der Abstimmung viel gefeierte — „Bundesbaumelster“ Dr. Wandersleb bereits am Freitag früh seine Schreibtisch-Schublade öffnete, um längst fertige Pläne für alle die großen und kleinen Bauten zu verteilen, die nun in Bonn entstehen werden. Amerikaner, die zum Stabe des Hohen Kommissars McCloy auf dem Petersberg gehören, vergleichen Bonn bereits mit Washington, dem kleinen Städtchen am Rande der US-Regierungsbauten. Holländer denken

an Den Haag und Schweizer an Bern. Die Bonner selbst aber wissen kaum, daß ihre Erhebung zu verlässigen Hauptstadtbürgern an jenem berühmten seidenen Faden hing, an dem sich die Geschichte der Völker schon so oft verbedderte. Denn: Hätte sich das Haus statt für den CDU-Antrag, der geheime Abstimmung verlangte, für den der FDP, die namentlich abstimmen lassen wollte, entschieden, dann wäre sicher noch manche Stimme für Frankfurt abgegeben worden. Mit nur zwölf Abgeordneten mehr entschieden sich die zu dieser Stunde anwesenden 362 Volksvertreter für die geheime Wahl. Nachher, bei der Abstimmung Bonn oder Frankfurt selbst gingen 390 Abgeordnete zur Urne, von denen 200 für Bonn, 176 für Frankfurt ihre Stimme abgaben. Der Rest der Stimmen fiel als ungültig unter den Tisch, und einige der Volksvertreter — darunter der KP-Renner, der gar nicht wählte, weil er zuvor für Berlin als Bundessitz plädiert hatte — steckten die Briefumschläge mit den Wahlzetteln statt in den schwarzen, geschnitzten Holzkasten in ihre Rocktasche.

Höchstens noch bei der Wahl Adenauers zum Bundeskanzler mit einer Stimme Mehrheit war das Haus am Rhein, Bundes-Parlament genannt, so vom Fieber erfaßt wie am Donnerstag bei der Beendigung des Städte-Wettkampfes Bonn — Frankfurt. Hinterher, als alles vorbei war, entlud sich dann die gewaltige Spannung der letzten Tage in einem Meer von Rhetorik, einem Garten von Blumensträußen für Wandersleb und einer echt rheinischen Fröhlichkeit, die ganz Bonn in ihre Arme nahm.

Sowjetischer Munitionszug explodiert?

21 Deutsche wegen Sabotage verurteilt — Neue Enthüllungen über die KZ der Ostzone

Berlin (TP). Nach Berichten der hiesigen Presse sollen Anfang dieser Woche 21 Deutsche von einem Höheren Sowjetischen Militärgericht zu je 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden sein. Die Angeklagten wurden beschuldigt, die Explosion eines sowjetischen Munitionszuges in der Gegend von Magdeburg verursacht zu haben.

In der Ostzone sollen sich im Augenblick zwischen 40 000—50 000 Häftlinge in den Konzentrationslagern befinden. Nach einer Information der britisch lizenzierten Berliner Zeitung „Sozialdemokrat“ wurden von 2486 aus politischen Gründen im Monat Juli verhafteten Personen 1713 in Konzentrationslager eingewiesen. Durch Indiskretionen deutscher Mitarbeiter der sowjetischen Sicherheitsorgane wurde bekannt, daß Anfang September das Lager Sachsenhausen mit 18 700 Häftlingen belegt war, Buchenwald mit 14 300, Jugend-KZ Michalken (Kreis Hoyerswerda) mit 3000, Torgau mit 4500 und Bautzen als Durchgangslager für Deportationen nach der Sowjet-Union mit 6700. Ein schwedischer Journalist berichtet dazu ergänzend, daß seit Kriegsende etwa 200 000 Menschen durch diese Lager gegangen sind. Davon sollen 40 000 nach der UdSSR deportiert, 30 000 infolge Krankheit wieder entlassen und etwa 40 000 als tot gemeldet worden sein.

Die meisten Insassen der sowjetischen KZ's sind, wie weiter verlautet, wieder mit der blauweiß-gestreiften Hose und Jacke nebst der schwarzen, runden Kappe „eingekleidet“, die auch die KZ-Häftlinge des Dritten Reiches trugen.

Alle Mitglieder der Sowjetzonen-LDP, so wird weiter aus Berlin gemeldet, sollen künftig zur gleichzeitigen Mitgliedschaft in der „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft“ verpflichtet werden. Gemäßigte Parteifunktionäre bezeichnen diese Anordnung als den Beginn einer allmählichen Bolschewisierung der Sowjetzonen-LDP.

„Stratosphären-Kreuzer“

für die Oberammergauer Festspiele

Garmisch-Partenkirchen (TP). Die „American Overseas Airlines“ beabsichtigen zu den Oberammergauer Passionsspielen im kommenden Jahr ihre neuen Großflugzeuge, die sogenannten „Stratosphären-Kreuzer“, einzusetzen, die Sonderflüge aus aller Welt durchführen sollen. Ähnliche Flugzeugtypen werden seit dem 1. November zwischen New York und Frankfurt eingesetzt.

Kreuzzug der Steuerzahler

Die Gründung eines „Bundes der Steuerzahler“ für Württemberg-Baden hat in ganz Westdeutschland ein lebhaftes Echo ausgelöst. Schon in den ersten Tagen seines Bestehens haben sich Tausende als Mitglieder gemeldet und nicht wenige von ihnen unterstützen die neue Gründung mit erheblichen Geldspenden. Der Ausbau der Organisation scheint gute Fortschritte zu machen, so daß man bald mehr von diesem „Kreuzzug der Steuerzahler“ hören wird.

Der Zulauf, den der „Bund der Steuerzahler“ zu verzeichnen hat, kommt nicht von ungefähr. Er geht vor allem auf die Ankündigung zurück, das Millionenheer der gepagten Steuerzahler von einer Krankheit der modernen Zivilisation befreien zu wollen. Man verspricht uns eine durchgreifende Kontrolle der öffentlichen Ausgaben, gerechte Verteilung der allgemeinen Lasten und in diesem Zusammenhang eine Reform aller finanziellen Beziehungen zwischen Staat und Privatmann. Der Bund will die Finanzverwaltungen veranlassen, die Verwendung ihrer Einnahmen und insbesondere der Steuergelder in allen Einzelheiten offenzulegen. Die Verwendung dieser Einnahmen soll daraufhin geprüft werden, ob sie in volkswirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht den Verpflichtungen gegenüber der Öffentlichkeit entspricht. Schließlich will die neue Organisation darauf hinwirken, daß dadurch eine vernünftige, gerechte Steuer-, Zoll- und Gebührenpolitik und durch Verbesserung der Steuermoral eine gesunde Entwicklung der Finanzen zum Wohle der Allgemeinheit gefördert wird.

Diese Programmpunkte klingen nach Phrasen, die oft gebraucht und oft vergessen werden. Der Bund der Steuerzahler kann aber darauf hinweisen, daß in der Schweiz, in England und in den USA die unmittelbare Kontrolle der Steuerzahler eine alte und bewährte Praxis ist. Diese Organisationen im Ausland prüfen immer wieder nach, in welcher Weise die Steuergelder verwendet werden. Sie sind allerdings auch in der glücklichen Lage, daß

ihnen die öffentlichen Haushaltspläne vorbehaltslos zur Verfügung gestellt werden.

Die erste Aufgabe einer Organisation der deutschen Steuerzahler liegt also darin, die entsprechenden Stellen der staatlichen Finanzwirtschaft zur Offenlegung ihrer Kassenbücher zu bewegen. Die deutsche Tradition, die Finanzgebarung der Geheimwissenschaft von Parlamentsausschüssen und Ministerialbeamten zu überlassen, wird voraussichtlich das wesentlichste Hindernis für die Arbeit des Bundes sein.

An seiner Spitze steht der bekannte Finanzwissenschaftler Professor Karl Bräuer, dessen Persönlichkeit eine Garantie dafür sein dürfte, daß die Leitung der Organisation sich ihrer großen Verantwortung bewußt bleibt. In seinen Flugblättern betont der Bund, daß er parteipolitisch völlig neutral und nach jeder Seite hin unabhängig ist. Etwaige Überschüsse seiner Arbeit will er dem sozialen Wohnungsbau, der Flüchtlingfürsorge und der wissenschaftlichen Forschung zufließen lassen.

Eine Reaktion der durch die neue Gründung angesprochenen Stellen bei Bundeskabinett und Länderregierungen ist noch nicht erkennbar. Die ersten Stimmen von dieser Seite deuten darauf hin, daß der Bund mit seinen Absichten nicht überall auf Ablehnung stoßen wird. Die Forderung nach stärkerer Kontrolle der öffentlichen Hand muß vor allem den Parlamenten als Kritik und Beschränkung ihrer Kontrollrechte gegenüber der Regierung erscheinen. Die günstige Aufnahme des Bundes in der Allgemeinheit bedeutet ein gewisses Mißtrauensvotum gegenüber den Parteien, die in den Landtagen den öffentlichen Haushalt kontrollieren und regulieren. Der Steuerzahler ist offenbar mit der Vertretung seiner wirtschaftlichen Interessen, wie sie heute in den Parlamenten geübt wird, nicht zufrieden und will zur Selbsthilfe greifen. Die erste Antwort auf diese spontane Mobilisation der unmutigen Steuerzahler wird deshalb von parlamentarischer Seite zu erwarten sein. F.B.

Einigung im Stahlarbeiterstreik

Washington (TP). Ein weiteres Werk der amerikanischen Stahlindustrie, die New Port Steel Corporation in Kentucky, schloß mit den Arbeitern eine Vereinbarung über Altersversorgung. Diese Vereinbarung dürfte ihrem Inhalt nach dem Abkommen ähnlich sein, das die Bethlehem Steel Corporation am Montag unterzeichnete und worin sie sich verpflichtete, für die Altersrentenversorgung der 80 000 Arbeiter den größten Teil der Abgaben beizusteuern, vorausgesetzt, daß die Arbeiter zur Aufrechterhaltung eines Unfallversicherungsfonds Beiträge leisten.

Fast eine halbe Million Arbeiter der Stahlindustrie hatten mehrere Wochen wegen der Forderung gestreikt, die Arbeitgeber sollten zu den Kosten der Altersrenten beitragen.

Tschechische Priester müssen Loyalitätseid leisten

Prag (TP). Auf Grund einer am Freitag in Prag veröffentlichten Verordnung müssen alle hohen Würdenträger der Kirche, darunter auch Erzbischof Beran, der Regierung einen Loyalitätseid in Anwesenheit des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Započocki leisten. Voraussetzung für die Einsetzung in ein kirchliches Amt und das Verbleiben in diesem ist: Annahme von Staatsgeheimnissen, Ablegung des Loyalitätseides und politische Zuverlässigkeit. Bei Nicht-Erfüllung dieser Bedingungen kann die tschechoslowakische Regierung die Entlassung von Geistlichen verlangen und deren Ämter als unbesetzt erklären.

Die chinesische Nationalregierung hat den britischen Behörden in Hongkong mitgeteilt, daß die nationalchinesischen Flieger alle Handelschiffe in dem von den Kommunisten besetzten China bombardieren werden. (TP)

VOM TAGE

Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard reist am Dienstag für acht Tage nach Paris. Er wird mit französischen Industriellen verhandeln und mit englischen und amerikanischen Geschäftsleuten zusammentreffen. (TP)

Aus Rußland heimgekehrt. Im Grenzlager Moschendorf bei Hof trafen am Freitag 992 Rußlandheimkehrer ein. Davon wurden 284 nach Württemberg-Baden weitergeleitet. Die Heimkehrer kommen aus den Lagern Kwan, Stallinogorsk, Moskau, Suchon, Uteisk, Kwačhanta, Rostow, Dotschikowko, Reval und aus dem Kaukasus. (TP)

Offenbach korrigiert Arztwahl. Der Magistrat der Stadt Offenbach hat den jüdischen Arzt Dr. Levin zum Leiter der Städt. Frauenklinik bestellt, und damit seinen früheren Beschluß korrigiert. In einer früheren Sitzung hatten sich einige Magistratsmitglieder gegen die Wahl Dr. Levins ausgesprochen. (TP)

Goethefeier in Rom. Im Beisein des italienischen Erziehungsministers fand in Rom eine Feier zum Gedenken an den 200. Geburtstag Johann Wolfgang von Goethes statt. Der Feier wohnten u. a. der Rektor der Universität Frankfurt a. Main, Professor Jahn, sowie der russische Botschafter in Italien, Kostileff, bei. (TP)

Bevin sprach mit Sforza. Außenminister Bevin hatte in Paris eine private Unterredung mit dem italienischen Außenminister Graf Sforza. Diplomatische Kreise erklären dazu, die britische Nachkriegspolitik gegenüber Italien sei stets freundschaftlich gewesen, obwohl Großbritannien mit Italien nicht in allen Fragen übereinstimme. (TP)

Beaverbrook gegen Zoneneinteilung. Der britische Publizist Lord Beaverbrook befürwortet sich mit der staatlichen Struktur Deutschlands und bezeichnet die Zoneneinteilung als den größten Irrsinn des Krieges. (TP)

Wirtschafts-Nachrichten

Ein Vorschlag zum Lastenausgleich

Auf der Flüchtlingsstagung der Evangelischen Akademie Hermannsburg äußerte sich Bundesminister Dr. Lukaschek über Einzelheiten des Lastenausgleichs. Besonders dringlich erscheine, daß die Mittel des Lastenausgleichs nicht konsumtiv, d. h. zum Verzehr, sondern produktiv, d. h. im Sinne des Wirtschaftsaufbaus, eingesetzt würden. Was die Frage betreffe, woher die Mittel zum Lastenausgleich genommen werden sollten, so müsse bei einer Vermögensabgabe bedacht werden, diese so zu gestalten, daß hierdurch zugleich eine produktive Grundlage für den Flüchtling geschaffen werde. Das bedeute, Vermögensabgabe und Arbeitskraft des Flüchtlings zu kombinieren. Soweit die Mittel aus den Erträgen entnommen würden, müsse man eine Grenze von 2—2,5 Milliarden jährlich annehmen, bei der die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft erschöpft und ihre Liquidität bedroht sei.

Als bester Weg, so sagte der Minister weiter, erscheine ihm die Ausgabe differenzierter Anteilberechtigungsanscheine an die anspruchsberechtigten Flüchtlinge, die ohne Inanspruchnahme der staatlichen Bürokratie im Austausch gegen Sach- und Geldwerte unmittelbar in die Hand der Abgabepflichtigen gelangen müßten. Zur Vermeidung von Spekulationen müßten diese mit einem Stop versehen und beschränkt übertragbar sein. Lukaschek schloß mit einem Appell an das ethische Verantwortungsbewußtsein aller Beteiligten und hob die große Bedeutung auch der Kirchen auf diesem Gebiet hervor.

Deutsch-italienische Handelskammer in Sicht

Nachdem im vergangenen Jahre die deutsch-belgisch-luxemburgische Handelskammer gegründet worden ist, sind jetzt Bestrebungen im Gange, in Köln eine deutsch-italienische Handelskammer ins Leben zu rufen. Sowohl auf deutscher wie auf italienischer Seite besteht ein Interesse an der Gründung dieser Kammer. (VWD)

Ostzonale Handelsdelegation für China

Wir sind dabei, eine Handelsdelegation für Peking zusammenzustellen, während die westdeutschen Politiker sich noch den Kopf über die Handelspolitik zerbrechen.“ Dies erklärte der stellvertretende Ministerpräsident des Ostzonen-Staates, Walter Ulbricht, in Kottbus. Der deutsche Weg zum Handel mit China gehe über Berlin.

Deutsche Beteiligung an der Messe in Toronto

Deutsche Firmen werden die Möglichkeit haben, sich an der in der Zeit vom 20. 5. bis 9. 6. 1950 stattfindenden internationalen kanadischen Messe in Toronto zu beteiligen. Es soll versucht werden, die deutsche Teilnahme durch gemeinsame Maßnahmen hinsichtlich des Transportes der Meßgüter, der Devisenbeschaffung und der Beförderung der Teilnehmer zu erleichtern. (TP)

Abwertung des österreichischen Schillings?

Auf dem Kongreß der österreichischen Sozialistischen Partei erklärte der österreichische Vizekanzler Dr. Leopold Schürf, daß die österreichische Währung wahrscheinlich abgewertet werden müsse. Er sagte: wenn es einem Lande von der Bedeutung Großbritanniens nicht gelungen sei, den Folgen der Wirtschaftsentwicklung zu entgehen, könne man es leicht verstehen, wenn auch Österreich seine Währung abwerten müsse. (VWD)

Neun Pfund Sterling pro Kopf

Wie der britische Ernährungsminister erklärte, wird Großbritannien in diesem Jahr für die Niedrighaltung der Preise für Lebensmittel mehr als 462 Millionen Pfund oder rund 9 Pfund Sterling (das sind rund 110.— DM) pro Kopf der Bevölkerung aufwenden. (TP)

Japan beginnt mit dem Walfang

Eine japanische Walfangflotte mit elf Schiffen, die noch durch weitere sieben Schiffe verstärkt werden soll, ist am 1. November von Tokio ausgelaufen. Die Ausfahrt einer zweiten Flotte mit 14 Schiffen ist auf den 19. November festgesetzt. Das Fangschiff beider Flotten wurde auf 1700 Wale veranschlagt, aus denen einschließlich 23 000 Tonnen Öl rund 60 000 Tonnen Walpöckchen gewonnen werden sollen. In der vergangenen Saison hatten die Japaner 1645 Wale gefangen.

Aus der christlichen Welt

Kirche und Politik

Landesbischof D. Bender sprach zur Landessynode

Karlsruhe (epd). Zur Eröffnung der Landessynode der badischen evangelischen Landeskirche in Langensteinbach hielt Landesbischof D. Bender eine Rede, in der er sich eingehend mit dem Problem der Stellung der Kirche innerhalb der Welt des Politischen auseinandersetzte und versuchte, das heute viel gebrauchte Wort vom „Öffentlichkeitswillen“ der Kirche zu klären.

„Die Kirche ist“, so führte der Landesbischof u. a. aus, „nach der Seite des Politischen hin in einer Weise offen, wie wohl seit den Tagen der Reformation nicht mehr. Zugleich mit dieser Bewegung der Kirche zum Bereich des Politischen hin ist umgekehrt eine Bewegung des Politischen auf die Kirche hin festzustellen. Das äußert sich nicht nur in Tatsachen wie der in dem Ringen bestimmter Kreise der SPD um das Verständnis der Christen. Der tiefste Grund für die Begegnung von Kirche und Politik liegt tiefer. Die Geschlossenheit der evangelischen Kirche beruht nicht auf der äußeren, auch politisch einsetzbaren Korporation und Organisation, sondern auf der Glaubensverbundenheit ihrer Glieder mit ihrem gegenwärtigen, aber zugleich unsichtbaren Herrn. So sehr die römische Kirche sich als ausschließliche Glaubenseinheit vor Gott und darum auch ebenso gegenüber dieser Welt empfindet und also die

Glaubensstellung ihrer Glieder in absolute Deckung mit der von ihr für richtig gehaltenen politischen Meinung und Organisation bringt, so wenig vermag dies die evangelische Kirche. Darum muß und kann sie es hinnehmen, daß ihre Glieder politisch verschieden denken und handeln. Die evangelische Kirche wird, soweit sie auch zum bolschewistischen Kommunismus zu sagen hat, nicht die Kommunisten von der kirchlichen Gemeinschaft ausschließen können und wollen. So wahr es ist, daß die Kirche über den Parteien steht und stehen muß, so wahr ist es, daß ihre Glieder in den Parteien, in den politischen Ämtern stehen dürfen und sollen. Politische Enthaltsamkeit im weiten Sinn des Wortes „politisch“ kann und darf es für den evangelischen Christen nicht geben, denn er hat der Stadt Bestes zu suchen, in der er wohnt.

„Die Entproletarisierung des modernen Menschen“

Tagung der Internationalen Christlich-Sozialen Vereinigung

Brüssel, im Mittelpunkt der vom 18. bis 20. Oktober in Brüssel abgehaltenen Tagung der Internationalen Christlich-Sozialen Vereinigung stand ein Vortrag von Dr. Josef Joos von der „Union Internationale d'Etudes Sociales“ über „Die Entproletarisierung in der heutigen Welt“. Dr. Joos kennzeichnete den Proletarier als Menschentyp, der von der Hand in den Mund lebe ohne Aussicht auf Besserung und ohne inneres Verhältnis zu

Familie, Heimat und Volk. Ob Industrie- oder Landarbeiter, Angestellter oder Intellektueller, immer handle es sich beim Menschen der Masse um einen im Elend seines Daseins wurzellos, glaubens- und hoffnungslos gewordenen und darum verbitterten Menschen. Voraussetzung für die Entproletarisierung der heutigen Welt sei die Sicherung eines über die Deckung des notwendigsten Bedarfs hinausgehenden Mindesteinkommens und die Schaffung menschenwürdiger Wohnverhältnisse. Man könne das Massenmenschentum nicht bekämpfen und gleichzeitig Arbeiterfamilien kasernieren. Wer den Menschen wahrhaft erlösen wolle, müsse ihn aus diesem Herdendasein herausrücken und die Masse zur Gemeinschaft überleiten. Dazu bedürfe es der Totalität und Einheit der christlich-sozialen Bestrebungen. Die Entproletarisierung werde die Probe darauf sein, ob der christliche Geist in unserer Zeit lebendig genug ist, um die heutige Welt umzugestalten und eine neue Epoche christlicher Humanität heraufzuführen.

Mit dieser großen Aufgabe der Entproletarisierung wird sich ein katholischer Sozialkongreß zu beschäftigen haben, der auf Beschluß der Brüsseler Versammlung im Juli 1950 in Rom stattfinden wird.

Tagung der katholischen Parteien der Beneluxländer

Den Haag. In Brüssel fand dieser Tage eine Konferenz von führenden Vertretern der drei katholischen politischen Parteien der Beneluxstaaten statt, auf der die politische Situation in Holland, Belgien und Luxemburg eingehend erörtert wurde. Ferner wurde das

Verhältnis zu den nichtkatholischen Parteien besprochen, die auf christlichen Grundsätzen aufgebaut sind.

Apostolischer Nuntius nach Irland abgereist

Vatikanstadt. Der neue apostolische Nuntius für Irland, Msgr. Ettore Felio, hat am Montag die Reise nach Dublin angetreten.

229 evangelische Missionare in Ausbildung

Berlin. In den neun deutschen evangelischen Missionsseminaren werden gegenwärtig 220 Missionschüler ausgebildet, davon 43 in Leipzig, 42 in Neuendettelsau, 38 in Barmen, 30 in Liebenzell und 15 bei der Golferischen Mission in Berlin. Die morgenländische Frauenmission in Berlin hat zur Zeit 21, das Stuttgarter Frauenseminar der Baseler Mission 9 Schülerinnen.

Evangelische Kirche in Addis Abeba

London. In Addis Abeba fand die Grundsteinlegung einer evangelischen Kirche statt, für die Kaiser Haile Selassie 30 000 Dollar gestiftet hat.

Neue evangelische Kirchenverfassung in Österreich

Wien. Die neue Kirchenverfassung der Evangelischen Kirche Österreichs ist nach der Bestätigung durch den Ministerrat am 1. Oktober in Kraft getreten. Die Evangelische Kirche Augsburgischen und Helvetischen Bekenntnisses in Österreich schließt darnach beide Bekenntnisse auf dem Boden Österreichs „zu brüderlichem Dienst aneinander, zu gemeinsamem Handeln der Liebe und zu gemeinsamer Verwaltung“ zusammen.